Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Alt-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.,
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 57. **Donnerstag** den 26. Februar 1891. **85. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Freitag, den 27. Februar, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Malerarbeiten an den Standeinrichtungen für Grünwaaren und Blumen, Fleischer und Fischer ꝛc., an den Treppen und Windfängen ꝛc. in der städtischen Markthalle hier sind vergeben.

Die unberücksichtigt gebliebenen Bewerber werden deshalb ihres Angebots hiermit entlassen.

Leipzig, am 23. Februar 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 799. Dr. Georgi. Lindner.

Bekanntmachung.

Nachdem sich herausgestellt hat, daß das von uns in Leipzig-Neustadt eingerichtete Vernehmungszimmer seitens des Publicums in ganz seltenen Fällen benutzt wird, haben wir beschlossen, dasselbe einzuziehen.

Wir geben dies daher mit dem Bemerken bekannt, daß vom 1. März dieses Jahres ab diese Geschäftsstelle geschlossen ist.

Leipzig, den 21. Februar 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 734. Dr. Georgi. Gräßel.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit vom 16. bis 22. Februar d. J. im Argandbrenner bei 2,5 Millimeter Druck und 150 Litern stündlichem Consum das 18,8fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0,440.

Leipzig, am 23. Februar 1891.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Ortskrankencasse betreffend.

Von Sonnabend den 28. Februar l. J. ab findet die **Krankengelder-Auszahlung** in der Zeit von
Vormittags 8 Uhr bis Mittags 12 Uhr und
Nachmittags 2 Uhr bis 5 Uhr
statt.

Von Mittags 12 Uhr bis Nachmittags 2 Uhr werden die Bureauräume wie früher geschlossen.

Leipzig, den 23. Februar 1891.

Die Ortskrankencasse für Leipzig und Umgegend.
Albert Brockhaus,
Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Zum Behuf der gegen Ende jedes akademischen Halbjahres zu haltenden Revision der Universitäts-Bibliothek werden die Herren Studirenden, welche Bücher aus derselben entliehen haben, aufgefordert, diese

am 28. Februar, 3. und 5. März

gegen Zurückgabe der Empfangsbescheinigungen abzuliefern.

Die Ablieferung wird in der Weise zu geschehen haben, daß Diejenigen, deren Namen mit einem der Buchstaben **A—H** anfangen, am **28. Februar**, die, deren Namen mit einem der Buchstaben **J—R** beginnen, am **3. März** und die Uebrigen am **5. März** (früh zwischen 10—1 Uhr) abliefern.

Alle übrigen Entleiher werden aufgefordert, die an sie verliehenen Bücher

am 9., 10. und 11. März

(während der gewöhnlichen Oeffnungsstunden) zurück zu geben.

Während der Revisionszeit **(28. Februar bis 14. März incl.)** können Bücher **nicht ausgeliehen werden**. Ebenso muß während derselben das **Lesezimmer geschlossen bleiben**.

Leipzig, den 21. Februar 1891.

Die Direction der Universitäts-Bibliothek.
Dr. Krehl.

Montag, den 2. März d. J.,
Viehmarkt in Mühltroff i. V.
Der Stadtgemeinderath das.

Der alte und der neue Curs.

Das Streben des neuen Curses ist, wie sich aus allen seit einem Jahre beobachteten Thatsachen ergiebt, darauf gerichtet, die staatserhaltenden Parteien zu gemeinsamer Arbeit an den nöthigen Reformen zu vereinigen. Man hat mit der Praxis gebrochen, eine Partei gegen die andere auszuspielen und die Parteigegensätze auf die Spitze zu treiben, um dann desto sicherer die Mehrheit für die Regierungsvorlagen zu erzielen. Die Regierung hat es sogleich beim Einlenken in den neuen Curs verkündet, daß sie das Gute nehmen werde, von welcher Seite es auch komme. Das war allerdings den bisher geltenden Anschauungen nicht entsprechend, und daraus ist das entstanden, was vielfach als Schwanken und Unsicherheit der Lage bezeichnet wird. Die bisherigen Regierungsparteien fühlten sich in ihrem Besitzstande gefährdet, weil diejenigen nicht mehr als Feinde angesehen wurden, die sie bisher als solche zu betrachten und zu behandeln gewohnt waren, und die ehemaligen Feinde selbst kamen dadurch zu einer übertriebenen Schätzung ihres Werthes, sie glaubten, daß der neue Curs nur dazu dienen sollte, ihnen den früher vorenthaltenen Einfluß auf die Regierungspolitik zu verschaffen. Die Freisinnigen sahen die Lage so an, als ob allmälig in ihr Fahrwasser hinüber geleitet werden solle, und beharrten deshalb auf ihrem Oppositionsstandpuncte, weil es ihnen ja doch auf die Dauer an Erfolg für die Durchsetzung ihrer Forderungen nicht fehlen könne.

Daß der Kaiser nichts weniger beabsichtigt, als an die Stelle des früheren Zustandes ein Bündniß mit der freisinnigen Partei gegen die Conservativen und Nationalliberalen zu setzen, geht klar aus seiner neulich in so bewegten Worten erhobenen Forderung hervor, daß man ihm vertrauensvoll auf seinem Wege folgen möge, da er nach dem Vorbilde seiner Vorfahren sich nicht zu den Parteien gesellen, sondern über ihnen stehen wolle. Nun wird zwar von verschiedenen Seiten eingewendet, daß man nicht wisse, wohin der Weg führe, wir leben aber doch in einem Verfassungsstaate, in welchem das Staatsoberhaupt an die Zustimmung der Volksvertretung für die Ausführung seines Willens gebunden ist. Im Reiche handelt es sich zunächst um das Arbeiterschutzgesetz, das Zuckersteuer-, das Branntweinsteuer-Gesetz und die Novelle zum Krankencassengesetz, das Patent- und Musterschutzgesetz, endlich um die etwa durch den Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn nöthig werdende Herabsetzung des Getreidezolles auf ein von den Vertretern der Landwirthschaft annehmbares Maß. Das sind die Grenzen, innerhalb deren sich die Thätigkeit der Reichsregierung bewegen muß und die durch die kaiserliche Initiative nicht überschritten werden können.

Der neue Curs stellt sich hiernach wesentlich als ein verändertes Verfahren den Parteien gegenüber dar, nicht als eine materielle Aenderung der bisherigen Politik. Parteifragen sind Machtfragen, und im Deutschen Reiche haben sich die Parteien durch lange Uebung daran gewöhnt, eine schroffe Stellung gegen einander einzunehmen, denn die gegenseitige Annäherung der Conservativen und Nationalliberalen ist auch verhältnißmäßig jungen Datums, sie war entstanden durch die Uebereinstimmung über die Nothwendigkeit, die Präsenzzahl des Heeres für weitere sieben Jahre festzustellen, und durch die Solidarität gegenüber der Socialdemokratie, im Uebrigen bestand ein schroffer Gegensatz zu den anderen Parteien. Nun ist es aber doch sehr zweifelhaft, ob die Aufrechthaltung dieses Gegensatzes dem Staatszwecke förderlich ist. Die Parteien können ihre verschiedenen Ziele ja auch verfolgen, wenn sie die Formen der Höflichkeit und der guten Sitte im Verkehr mit einander beobachten. Daß die politischen Gesichtspuncte für die Parteien nicht Ausschlag gebend sind, haben wir bei den Verhandlungen über die Kornzölle gesehen, damals wurden die Interessen des Großgrundbesitzes mit großer Wärme vertheidigt, und das landwirthschaftliche Interesse kam bei der ersten Lesung der Abänderungen des Branntweinsteuergesetzes sehr lebendig zum Ausdruck durch die Forderung, daß der Haustrunk für die Bauern freigegeben werden möge. Das Zuckersteuergesetz ist sogar aussichtslos, weil sich die Landwirthe mit aller Bestimmtheit dagegen erklärt haben. Der Interessen-Standpunct ist noch deutlicher hervorgetreten in dem Verlangen der „Kölnischen Zeitung“, daß die Regierung sich offen darüber erklären möge, ob sie die Solidarität der Interessen von Landwirthschaft und Industrie auch ferner als die Grundlage ihrer Politik betrachte. Es ist dabei freilich verschwiegen worden, daß die deutschfreisinnige Partei ebenfalls eine Interessenvertretung ist, insofern sie das mobile Capital und seine Macht vertritt. Hier stehen sich also nicht sowohl politische Grundsätze, als wirthschaftliche Interessen gegenüber, welche Befriedigung heischen, und die Klage über die Unsicherheit der Regierungspolitik hat ihren Grund besonders darin, daß die einander gegenüberstehenden Interessen nicht wissen, welcher der Vorzug eingeräumt werden soll.

Darauf ist die bündige Antwort ertheilt worden, daß die Regierung keine Einzelinteressen kennt, sondern das Ganze im Auge behalten will. Andrerseits ist ja nicht zu verkennen, daß sich das Gesammtinteresse aus Einzelinteressen zusammensetzt, daß ein Staat nicht gedeihen kann, in welchem Landwirthschaft und Industrie nicht den ihnen zukommenden Schutz finden, oder in welchem die Interessen des beweglichen Capitals vor diesen beiden Hauptfactoren des wirthschaftlichen Lebens bevorzugt werden. Die Wahrheit und das Gute liegen regelmäßig in der Mitte. Es gilt, allen berechtigten Interessen den ihnen zukommenden Spielraum zu gewähren, das Zusammenwirken aller für die Gesammtwohlfahrt zu fördern, das Ueberwuchern von Sonderinteressen aber zu vermeiden. Das ist die beste und gesunde Wirthschaftspolitik, und diese wird im Deutschen Reiche zur Richtschnur genommen.

Die Parteien haben drei Wege, auf welchen sie ihre Zwecke verfolgen können. Entweder suchen sie Anschluß an die Regierung, um mit ihr vereint die Gegner zu bekämpfen, oder sie machen der Regierung Opposition, oder endlich suchen sie selbstständig ihre Ziele zu erreichen. Auf diesen letztgenannten Weg steuert die Regierung des Deutschen Reiches los. Sie ist ebenso weit entfernt davon, die Interessen der einen Gruppe auf Kosten einer andern zu unterstützen, als sie bestrebt ist, Freunde und Feinde zu schaffen, sie verfolgt das Ziel, über den Parteien stehend, alle Parteien zur selbstlosen Erfüllung des Staatszweckes zu vereinigen. Dieser Standpunct ist zwar ideal, aber deshalb noch keineswegs verwerflich. Die Deutschen haben langer Zeit bedurft, um die politische Einheit zu erreichen, sie läßt sich nur auf die Dauer bewahren, wenn die verschiedenen Parteien den Blick auf das Ganze gerichtet halten. Die Verschiedenheit der Interessen darf niemals zu Gegensätzen führen, welche die Gesammtinteressen schädigen. Die Vaterlandsliebe und die davon untrennbare Treue für das Staatsoberhaupt sind die besten und sichersten Grundlagen für die gedeihliche Fortentwickelung, die Vereinigung der Parteien zur Förderung des Staatswohles unter Verzicht auf unerfüllbare Sonderwünsche muß die Losung der Zukunft sein, wenn das Deutsche Reich nicht Schaden leiden soll.

Leipzig, 26. Februar.

* Die „Birminghamer Zeitung“ wollte wissen, Kaiser Wilhelm beabsichtige, bei Gelegenheit seiner diesjährigen Reise nach England auch die bedeutendsten englischen Provinzialstädte zu besuchen. Es liege dieser Rundreise Sr. Majestät wesentlich die Absicht zu Grunde, aus eigenem Augenschein die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern in den großen englischen Fabrikstädten zu studiren. Die officiöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ kann nun auf beste Information hin mittheilen, daß diese Nachricht jeglicher Begründung entbehrt.

* Dem Centralausschusse der vereinigten Innungsverbände Deutschlands ist auf eine von den Vertretern des Handwerkerstandes an Se. Majestät den Kaiser gerichtete Immediateingabe nachstehender, vom 11. Februar d. J. datirter Bescheid zu Theil geworden, nach welchem Erörterungen über die Lage des Handwerks und die damit in Beziehung stehenden gesetzgeberischen Maßnahmen stattfinden sollen. Das an den Vorsitzenden des gedachten Central-Ausschusses, Herrn Obermeister Faster, gerichtete Schreiben lautet nach dem „Handwerker“:

„Auf die von Euer Wohlgeboren und dem Vorsitzenden des Allgemeinen deutschen Handwerkerbundes zu München unter dem 2. Juni v. J. eingereichte Immediateingabe erwidern wir Ihnen auf Grund der uns ertheilten Allerhöchsten Ermächtigung, daß Seine Majestät der Kaiser die Berufung einer Immediatcommission zur Untersuchung der Fragen der gesammten deutschen Handwerkerbewegung und zur Berathung von Aenderungen der für die Verhältnisse des Handwerks gegenwärtig geltenden gesetzlichen Vorschriften nicht für angemessen erachten.

Dagegen haben Se. Majestät zu genehmigen geruht, daß Vertretern der beiden Handwerker-Vereinigungen Gelegenheit gegeben werde, vor Beauftragten des Reichsamts des Innern und des königlich preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe die in ihren Kreisen empfundenen Mängel der in Betracht kommenden Gesetze mündlich darzulegen und die zur Hebung derselben von ihnen vorzuschlagenden Maßnahmen zu begründen.

Dem Centralausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands und dem Allgemeinen deutschen Handwerkerbunde zu München, deren Vorstand Euer Wohlgeboren von dem Inhalt dieser Erwiderung gefälligst in Kenntniß setzen wollen, stellen wir demnach anheim, sich über die Bestellung geeigneter Vertreter zu dem erwähnten Zweck zu verständigen und eine Anzeige über die getroffene Wahl hierher gelangen zu lassen. Mit dieser Anzeige würde eine genaue Bezeichnung derjenigen Fragen der Gesetzgebung zu verbinden sein, über welche die einzelnen Vertreter nach dem Wunsche ihrer Auftraggeber sich zu äußern haben würden.

Weitere Mittheilungen, namentlich über den Zeitpunct des Beginns der Berathungen bleiben vorbehalten.

gez. v. Boetticher. gez. Frhr. v. Berlepsch.“

* **Aus Berlin** wird officiös geschrieben:

Kaum sind die Preßgerüchte über angeblich bevorstehende Veränderungen in den höchsten Kreisen des Reichs- und Staatsdienstes verstummt, so wird schon wieder ein anderes Gerücht colportirt, welches von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Staatssecretair des Reichsamts des Innern, Staatsminister von Boetticher und dem Präsidenten des Reichs-Versicherungsamtes Dr. Boediker wissen will. Auch dieses Gerücht entbehrt, wie wir versichern können, der thatsächlichen Begründung. Wenn diese angeblichen Meinungsverschiedenheiten auf den Plan zurückgeführt werden, dem Reichsversicherungsamte den Charakter einer den obersten Reichsämtern coordinirten Centralstelle zu geben, so mag in Zukunft die Entwickelung vielleicht dahin führen, dem Reichsversicherungsamte eine mehr selbstständige Stellung zu geben. Die Lage der socialpolitischen Gesetzgebung, die zur Zeit doch noch nicht abgeschlossen ist und die jetzt bekanntlich ihr Bestreben darauf richtet, eine Entlastung des Amtes herbeizuführen, verbietet schon von selbst eine Aenderung der bisherigen Stellung des Versicherungsamtes. Nicht particulare, sondern wichtige Interessen des Reiches hindern z. B. die Durchführung eines solchen Planes. Aber auch wenn der letztere reif zur Durchführung sein wird, dürfte die Stellung des Reichsversicherungsamtes kaum anders als die des Reichsgerichts — auf welche neuerdings so oft exemplificirt worden ist — zu denken sein; das letztere hat ja keineswegs die Stellung einer Reichscentralbehörde, vielmehr nimmt die oberste Reichsjustizbehörde, das Reichsjustizamt, diese Position ein. Wenn nun besonders auf den Umfang der Thätigkeit des Reichsversicherungsamtes zur Begründung für die alsbaldige Aenderung seiner jetzigen Stellung hingewiesen wird, so mag daran erinnert werden, daß durch die Novelle zum Patentgesetz und durch den Entwurf eines Musterschutzgesetzes, welche beide zur Zeit dem Reichstage vorliegen, dem Reichspatentamt ein Wirkungskreis zugewiesen wird, der nicht allein hinter dem des Reichsversicherungsamtes nicht zurückbleiben, sondern ihn noch erheblich übertreffen dürfte. Es würde sich somit kaum von der Hand weisen lassen, auch diesem Amte eine besondere Stellung, wie sie von mancher Seite für das Reichsversicherungsamt verlangt wird, zu geben. Vorerst aber herrscht, wie wir versichern können, volle Uebereinstimmung an allen betheiligten Stellen darüber, daß der Zeitpunct für eine Umgestaltung der Stellung des Reichsversicherungsamtes noch nicht gekommen ist. Wenn endlich Zeichendeuterei mit dem Umstande getrieben wird, daß der Präsident des Reichsversicherungsamtes nicht als Commissar bei den Etatsberathungen fungirt und dies sogar als „preußischer Particularismus“ bezeichnet wird, so ist übersehen, daß die preußische Regierung mit der Ernennung der Commissare für den Reichsetat nichts zu thun hat, sondern daß das Sache des Bundesraths ist.

* Es ist schon gemeldet worden, daß im neunzehnten hannoverschen Wahlkreise, wo das Reichstagsmandat des seitherigen Abgeordneten Gebhard erloschen ist, seitens der Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei die Candidatur dem Fürsten Bismarck angeboten wurde, dieser aber das Angebot ablehnte. Wie nun bereits gestern mitgetheilt, soll, trotz der verneinenden Antwort des Fürsten, die Aussicht auf seine Candidatur noch nicht endgiltig aufgegeben sein. Die betreffende nationalliberale Vertrauensmänner-Versammlung, welche dieser Tage zu Otterndorf stattfand, hat ihren Beschluß über den Candidaten nur einstweilen vertagt. Es wird hierzu der „Weser-Zeitung“ berichtet:

Der Landtagsabgeordnete Schoof bestand nachdrücklich auf der Wahl des Fürsten Bismarck. Man hatte sich auch bereits schriftlich dieserhalb an denselben gewandt. Ueber die Antwort Bismarck's herrschte Meinungsverschiedenheit, da Einige darin eine Ablehnung finden wollten. Der Landtagsabgeordnete Schoof wollte dies aber nicht gelten lassen, sondern behauptete, daß Bismarck die Wahl annehmen würde und es ihm passen würde, in Berlin zu leben. Da man nun auf diese Weise sich nicht einigen konnte, wurde der Beschluß vertagt, auch aus dem Grunde, da die Neuwahl noch bis zum Herbst dauern könne. Gegen die Candidatur Papendieck war angeblich die Mehrzahl aus dem Grunde, daß derselbe für Aufhebung der Lebensmittelzölle sei. Ebenso gegen die Candidatur Rickmer's, da man bei demselben in Bezug auf die Zölle auch nicht sicher gehe. — Von der deutschhannoverschen Partei ist der Rittmeister a. D. von Plate aufgestellt.

* Schon seit Jahrzehnten bemüht sich die polnische Agitation, die in Posen und Westpreußen so große Erfolge errungen und auch in Oberschlesien festen Fuß gefaßt hat, die evangelischen und gut preußisch gesinnten Masuren, welche in der Stärke von etwa 330,000 Köpfen im Süden der Provinz Ostpreußen (hauptsächlich in den Kreisen Ortelsburg, Neidenburg, Osterode, Sensburg, Johannisburg, Lötzen, Lyck und Oletzko, in geringer Anzahl auch in den Kreisen Angerburg und Goldap) wohnen und eine polnische Mundart reden, in das national-polnische Fahrwasser zu lenken und der Regierung auch dort Schwierigkeiten zu bereiten, wo bisher Deutsche und Slaven in völliger Eintracht lebten. Nicht ohne Besorgniß haben die Polen gesehen, daß das masurische Sprachgebiet im Norden allmälig vor der deutschen Sprache zurückweicht, daß die Zahl der Deutschen in den masurischen Ortschaften und in den deutschen Sprachinseln des Gebiets immer größer wird und die Masuren selbst durch den deutschen Schulunterricht in den Besitz der deutschen Sprache gelangen, so daß sie mit der Zeit wie die Litauer und Wenden ein zweisprachiges Volk werden. Verschiedene Wege hat die polnische Agitation eingeschlagen, um die evangelischen Masuren dem deutschen Einfluß zu entziehen und der polnischen Bewegung dienstbar zu machen; man begünstigte die Einwanderung katholischer Polen (in den Kreisen Sensburg, Osterode, Ortelsburg und Neidenburg, wo vor 30 Jahren nur zwei katholische Grenzgemeinden in Bialutten und Gr.-Lensk existirten, gab es 1880 schon 23 000 polnische Katholiken), man überredete Hunderte von masurischen Familien, zum katholischen Glauben überzutreten, man versuchte polnisch-masurische Zeitungen zu gründen (seit einem Jahre erscheint in Lyck „Die Zeitung für die Masuren“, der aufrichtige Freund des Volkes), man verbreitete polnische Kalender, Zeitschriften und Bücher und schenkte vielen Gemeinden polnische Bibliotheken; man bemühte sich, masurische Volksversammlungen zu Stande zu bringen und die Leute zu einem Protest gegen die deutsche Schulsprache zu bewegen; vor Allem suchte man die Masuren unzufrieden mit den sprachlichen Verhältnissen zu machen. Alle diese Bemühungen der polnischen Presse und der polnischen Agitatoren sind nicht ganz ohne Wirkung geblieben. Obwohl die Masuren gern deutsch lernen, so wollen sie doch nicht, daß die polnische Sprache ganz aus ihren Schulen verschwinde. Sie haben sich deshalb entschlossen, eine Petition an die Regierung zu richten und zu bitten, daß die polnische Sprache, in der jetzt noch der Religions- und Confirmandenunterricht und der Unterricht in den ersten Schuljahren ertheilt wird, nicht weiter eingeschränkt werde. Diese Bitte wird die Regierung gewiß gern erfüllen. Je rascher der Grund zu etwaiger Unzufriedenheit beseitigt wird, um so geringeren Erfolg werden die polnischen Agitatoren Posens, Westpreußens und Russisch-Polens haben.

* Der Kaplan Luschberger in Frankfurt a. M. hatte in einer Versammlung zu Flörsheim die Germania auf dem Niederwalde die „preußische Muttergottes“ genannt und dies nachher mit allerlei Verdrehungen abzuschwächen gesucht. Wie die „Kölnische Volkszeitung“ mittheilt, verfügte das „Provinzial-Schulcollegium in Cassel, daß das Frankfurter Curatorium Herrn Luschberger als Religionslehrer des Gymnasiums und der Selectenschule absetzen solle, was auch geschah. Der Bischof ergriff ebenso wie der Kaplan Recurs an das Ministerium, hat aber vorläufig einen anderen Geistlichen mit der Ertheilung des Religionsunterrichts beauftragt. Hierzu bemerkt die „Rhein.-Westfälische Zeitung“: „Das Vorgehen des Bischofs ist um so bezeichnender, als katholische Kreise die Bemerkung des Kaplans in keiner Weise zu vertheidigen gesucht haben, vielmehr z. B. eben dieselbe „Kölnische Volkszeitung“, die das berichtet, eine offene Absage an ihn erließ und ihm sogar vorwarf, er hätte durch seine späteren Rechtfertigungen die Sache nur noch schlimmer gemacht. Und nun, da den Kaplan eine durchaus gerechtfertigte Sühne für sein Verhalten treffen soll, sofort nehmen ihn die Oberen gegen den Staat in Schutz.“

* **Aus Gera** wird uns unterm 24. Februar geschrieben:

In der heutigen Sitzung des Landtages für Reuß jüngerer Linie waren am Ministertische Staatsminister Dr. von Beulwitz, Geh. Staatsrath Dr. Bollert und Staatsrath Engelhardt erschienen. Eingegangen ist eine Petition des Stadtrathes zu Gera über eine Abänderung des Landtagswahlgesetzes und eine Interpellation des Abgeordneten Reibestein über die nothwendige Regulirung der Elster, für die von der Stadt Gera 30 000 ℳ bewilligt wurden, wenn dieselbe innerhalb fünf Jahren ausgeführt ist. Die Eingabe der Gerichtsschreiberei-Beamten des Landgerichts um Bewilligung einer Theuerungszulage auf die Etatsperiode 1890—1892 wird von mehreren Abgeordneten der Berücksichtigung des Ministeriums empfohlen. Die Beschlußfassung darüber wird ausgesetzt, bis eine Vorlage an den Landtag gelangt ist. Der Antrag Lautenschläger und Genossen in Verbindung mit der Petition der landwirthschaftlichen Vereine Schleiz und Lobenstein über die Vorlage eines Gesetzes wegen Gewährung von Entschädigung für die infolge von Milzbrand gefallenen oder getödteten Rinder wird angenommen. Staatsminister von Beulwitz sagt die Bereitwilligkeit der Regierung unter der Voraussetzung zu, daß die Entschädigungskosten von den Viehbesitzern getragen werden. Die Mittel der Staatscasse gestatten die Uebernahme der Kosten nicht. Bewilligt werden 7000 ℳ für die baulichen Veränderungen an und vor dem nördlichen Giebel des Regierungsgebäudes und 3000 ℳ Beitrag zu den Kosten eines Fußsteges über die Elster neben der Zwötzener Eisenbahnbrücke. Eine jährliche Gnadenunterstützung von 400 ℳ an den Gendarmen Schädler und eine solche von 269,50 ℳ an den Gendarmen Siebert werden im Sinne der Regierungsvorlagen 46 und 47 genehmigt. Das Gesuch des Abdeckers Mitzer in Luba um Gewährung einer Unterstützung wird nach dem Berichte des Petitionsausschusses abgelehnt, um nicht weitere Consequenzen zu schaffen. Die Petition des Thierarztes Meißner in Hirschberg um Uebertragung der Functionen eines beamteten Thierarztes für den Amtsbezirk Hirschberg wird dem Ministerium zur Erwägung übergeben. Ein Gleiches geschieht mit der Petition des „Deutschen Frauenvereins Reform“ zu Weimar um Errichtung eines Mädchen-Gymnasiums. Die Gebührenfreiheit bezüglich der Verhandlungen und Ueberschreibungen von Straßenareal wird debattelos auf Antrag des Finanzausschusses genehmigt. Der in einer vorjährigen Sitzung gewählte Ausschuß hat die wichtige Vorlage über eine neue Kirchenvorstandsordnung genau geprüft und sich veranlaßt gesehen, einen Gegenentwurf auszuarbeiten. Im Auftrage erstattet hierüber der Abgeordnete Dr. Jäger eingehend Bericht. Präsident Fürbringer erklärt, daß das fürstliche Ministerium, Abtheilung für Kirchen- und Schulangelegenheiten eine Einigung über den Regierungs- und Ausschußentwurf für möglich halte und deshalb wird die Vorlage an den Ausschuß zurückverwiesen.

* **Aus Meiningen**, 24. Februar wird uns geschrieben:

Nach der amtlichen Feststellung der Reichstagsersatzwahl im zweiten Meininger Wahlkreise sind Stimmen abgegeben worden für Dr. Blum 3119, für Dr. Witte 5684 und für Schneider Reißhaus 7168. Im vorigen Jahre erhielten Amtsgerichtsrath Trinks 3848, Dr. Witte 6512 und Reißhaus 7246. Es haben sonach alle 3 Parteien in ihrer Stimmenzahl abgenommen, und zwar am bedeutendsten die freisinnige Partei mit 828 Stimmen, alsdann die nationalliberale Partei mit 729 Stimmen, am wenigsten die socialdemokratische Partei mit 113 Stimmen, ca. 7000 Wähler haben ihr Wahlrecht nicht ausgeübt. Die Stichwahl ist für den 28. Februar angesetzt. Zur betreffenden Angelegenheit schreibt der „Saalfelder Anzeiger“ u. A.: Das wird nun wohl auch dem blödesten Auge endlich erkennbar geworden sein, einen wie großen Dienst die nationalliberale Partei der Freisinnigen durch Aufstellung eines eigenen Candidaten geleistet hat, denn wäre die Candidatur Blum nicht aufgestellt, zöge nächste Woche Herr Reißhaus als Vertreter des zweiten Meininger Wahlkreises in das deutsche Parlament ein. Ob es nicht doch noch dahin kommt, kann man nicht wissen, ja es steht angesichts der trotz alledem schwachen Wahlbetheiligung fast zu befürchten. Die Freisinnigen und Nationalliberalen haben beide an je 800 Stimmen verloren, während die Socialdemokraten ihre Stimmenzahl nur behauptet haben. Woran liegt das? Wir wollen aus guten Gründen uns jetzt nicht in eine nähere Erörterung dieser Frage einlassen, aber wir möchten die Herren vom Freisinn doch ergebenst bitten, sich jetzt unter dem frischen Eindruck der Wahl selbst einmal diese Frage im Stillen zu beantworten und sich dann weiter zu fragen, ob sie wirklich noch das Recht für sich in Anspruch nehmen dürfen, zu verlangen, daß Alles nach ihrem Kopfe gehe. So viel ist sicher, daß von den Anhängern der nationalliberalen Partei Viele nicht gewählt haben, weil sie glaubten, keine Aussicht auf Erfolg zu haben. Die Wahlbetheiligung wäre aber noch nicht zur Hälfte so zahlreich ausgefallen, wenn seitens der National-

SLUB
Wir führen Wissen.